



Antrag

der Fraktionen von CDU und SPD

Antidiskriminierungsgesetz

Der Landtag wolle beschließen:

Das europäische Recht fordert alle EU-Mitgliedsstaaten auf, ein Antidiskriminierungsgesetz zu verabschieden.

Dabei wird insbesondere das Ziel verfolgt, Menschen mit Behinderungen eine stärkere Teilhabe am gesellschaftlichen Leben zu ermöglichen. Eine der größten Herausforderungen an eine humane Gesellschaft ist die Integration von Menschen mit Behinderungen in den Arbeitsmarkt.

Bei der Umsetzung der Vorgaben der Europäischen Union erwartet der Schleswig-Holsteinische Landtag, dass das Antidiskriminierungsgesetz

- nicht zu negativen Auswirkungen auf dem Arbeitsmarkt führt,
- keine zusätzlichen bürokratischen Hemmnisse aufbaut,
- eindeutige Regelungen vorsieht und damit Planungssicherheit für alle Beteiligten schafft.

Die Landesregierung wird aufgefordert, sich entsprechend in die Verhandlungen einzubringen.

Torsten Geerds
und Fraktion

Anette Langner
und Fraktion